

# WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

## DIE LINKE HESSEN

### **1. Wie kann es gelingen, mehr junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk zu begeistern?**

Das liegt primär in der Verantwortung der Betriebe, in Form attraktiver Ausbildungsinhalte sowie guten Bedingungen und Vergütungen - während der Ausbildung und danach. Berufliche Schulen müssen gut ausgestattet werden, auch mit mehr Lehrer\*innen. Dadurch sollen alle Berufsschülerinnen und -schüler mindestens an zwei Tagen pro Woche jeweils sechs Unterrichtsstunden erhalten. Zudem muss die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung verbessert werden.

### **2. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Öffentliche Auftragsvergabe mittelstandsfreundlicher zu gestalten?**

Kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich oft Nachteilen im Wettbewerb mit Großkonzernen einerseits und auf Subunternehmer-Ketten setzende "Dumping-Konkurrenz" andererseits ausgesetzt. Das wollen wir ausgleichen, z.B. durch eine faire Vergabe: Öffentliche Aufträge nicht an den billigsten Anbieter vergeben, sondern an regionale Unternehmen, die seriös kalkulieren, gute Löhne zahlen, fair einkaufen und ausbilden.

### **3. Wie wollen Sie den Meisterbrief stärken?**

Richtigerweise werden immer mehr Gewerke zurück in die Meisterpflicht geführt. Die Meisterpflicht ist ein Schutz gegen die Zunahme der Solo- und Scheinselbstständigkeit. Meisterbetriebe bilden häufiger aus und sind häufiger tarifgebunden. Nach den Irrungen der Deregulierung muss die Meisterpflicht wieder ausgebaut werden. Dazu gehört im Gegenzug, dass die Ausbildung zum Meister kostenfrei sein muss, damit mit der Einführung der Meisterpflicht eben keine neuen sozialen Hürden geschaffen werden.

### **4. Stichwort „Deregulierung“: Wie kann die Bürokratielast für Handwerksbetriebe reduziert werden?**

In vielen hessischen Behörden wurden jahrelang Stellen abgebaut und von den übrigen sind viele unbesetzt. Das bremst die Verfahren aus. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben nicht ganze Abteilungen, die monatelang mit den Behörden kommunizieren können.

Für DIE LINKE ist aber auch klar: Nicht jede sinnvolle Regulierung ist unnötige Bürokratie - sie dient oft dem Schutz der Beschäftigten, der Umwelt und letztlich auch der Betriebe vor unlauterem Wettbewerb.